

30. September 2020

Einladung

Mitglieder des Ausschusses für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz

Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Energie (zu TOP 1)

Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie (zu TOP 1)

Ministerium der Finanzen und für Europa (zu TOP 6)

nachrichtlich: Präsidentin des Landtages
 Geschäftsstellen der Fraktionen
 Ministerin und Chefin der Staatskanzlei
 Präsident des Landesrechnungshofes
 Landesbeauftragte für den Datenschutz und
 für das Recht auf Akteneinsicht
 Beauftragte des Landes Brandenburg zur
 Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur
 Rat für Angelegenheiten der Sorben/Wenden
 Kabinetttrefferate aller Ministerien

**14. (öffentliche) Sitzung
des Ausschusses für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz
Mittwoch, den 7. Oktober 2020
13:30 Uhr
Plenarsaal (Livestream)**

Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Tagesordnung (Entwurf):

1. **Eine klare Zukunft für die Spree - verbindliche Gesamtstrategie jetzt vorlegen Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drucksache 7/1400 vom 09.06.2020 sowie Vorstellung des im Auftrag des Landesamtes für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg erarbeiteten Strategischen Hintergrundpapiers, Leistungspakete 1 bis 3**

Öffentliches Fachgespräch

ab ca. 16.00 Uhr

2. **Austausch mit Aktivisten der Fridays-for-Future-Bewegung in Brandenburg zu Klimaschutzfragen**

Öffentliches Fachgespräch

3. **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021 - HG 2021)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/1942 vom 11.09.2020

in Verbindung damit:

Finanzplan des Landes Brandenburg 2020 bis 2024

Unterrichtung der Landesregierung - Drucksache 7/1943 vom 11.09.2020

und

Personalbedarfsplanung 2024 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung

Unterrichtung der Landesregierung - Drucksache 7/1944 vom 11.09.2020

Erste Beratung, Bericht des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz

4. **Aktuelles**

- 4.1 **Aktuelle Situation der Afrikanischen Schweinepest (auf Antrag der Ausschussmitglieder der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und Fraktion B90/GRÜNE)**

Bericht des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz

4.2 Stand der Ansiedlung von Tesla am Standort Grünheide (gemäß Festlegung des Ausschusses)

Bericht des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz

4.3 Stand der Planung für die Internationale Grüne Woche 2021 (gemäß Festlegung des Ausschusses)

Bericht des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz

4.4 Leitfaden für Photovoltaikanlagen auf Agrarflächen (auf Antrag des Abgeordneten Domres [DIE LINKE])

Bericht des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz

5. Stand der Fortschreibung des Abfallwirtschaftsplans des Landes Brandenburg (auf Antrag der Ausschussmitglieder der Fraktion DIE LINKE)

Bericht des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz

6. Übertragung von Gewässerflächen vom Land Brandenburg auf die Belegheitsgemeinden

Bericht des Ministeriums der Finanzen und für Europa zur Übertragung von Gewässerflächen

Beteiligung des Fachausschusses und Bericht des Ministeriums der Finanzen und für Europa

7. Auswirkungen der Anwendung der allgemeinen Verwaltungsvorschrift (AVV) des Bundes zur Düngeverordnung (auf Antrag der Ausschussmitglieder der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und Fraktion B90/GRÜNE)

Bericht des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz

8. Ergebnisse der Agrarministerkonferenz vom 23. bis 25. September 2020 (auf Antrag der Ausschussmitglieder der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und Fraktion B90/GRÜNE)

Schriftlicher Bericht des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz

9. Verschiedenes

gez. Wolfgang Roick
Vorsitzender

Anlage/n:

Zu TOP 1:

- 1.1 Eingeladene Anzuhörende zum Fachgespräch Zukunft Spree vom 09.09.2020
- 1.2 Fragenkatalog zum Fachgespräch Zukunft Spree vom 09.09.2020

Zu TOP 2:

- 2.1 Eingeladene Teilnehmer FFF vom 07.09.2020
- 2.2 Fragenkatalog inkl. Antworten FFF vom 07.09.2020

Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie ist die Durchführung von Ausschusssitzungen auch weiterhin nur unter Einschränkungen für die Öffentlichkeit möglich. Sitzungen werden im Livestream über die Website des Landtages www.landtag.brandenburg.de übertragen. Medienvertreterinnen und -vertreter haben nach Anmeldung bei der Pressestelle des Landtages Zutritt zu Ausschusssitzungen (E-Mail-Adresse: pressestelle@landtag.brandenburg.de). Die Weitergeltung der strikt einzuhaltenden Abstandsregel ermöglicht die Anwesenheit der interessierten Öffentlichkeit in Ausschusssitzungsräumen derzeit noch nicht. Davon ausgenommen sind Ausschusssitzungen, die im Plenarsaal stattfinden. In diesem Fall werden Besucherinnen und Besucher gebeten, sich rechtzeitig beim Ausschusssekretariat unter der E-Mail-Adresse ausschussaluk@landtag.brandenburg.de anzumelden.

Der Landtag informiert auf seiner Website www.landtag.brandenburg.de fortlaufend zum Thema.

Besucherinnen und Besucher, für deren Teilnahme an der Sitzung Maßnahmen für den barrierefreien Zugang erforderlich sind, werden um einen entsprechenden Hinweis bei der Anmeldung gebeten. Bitte haben Sie Verständnis, dass in diesen Fällen ein gewisser zeitlicher Vorlauf für die Planung entsprechender Maßnahmen erforderlich ist. Eine Platzreservierung erfolgt im Rahmen der Möglichkeiten in der Reihenfolge der Anmeldungen.

Bitte beachten Sie, dass im und am Landtagsgebäude keine Parkplätze zur Verfügung stehen.

13. Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz

Fachgespräch

Eine klare Zukunft für die Spree - verbindliche Gesamtstrategie jetzt vorlegen, Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 7/1400 sowie Vorstellung des im Auftrag des Landesamtes für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg erarbeiteten Strategischen Hintergrundpapiers, Leistungspakete 1 bis 3

Mittwoch, 7. Oktober 2020, 13.30 Uhr, Landtag Brandenburg

Eingeladene Anzuhörende:

Dr. Wilfried Uhlmann	Institut für Wasser und Boden Dr. Uhlmann Dresden
Dr. Christoph Gerstgraser	gerstgraser - Ingenieurbüro für Renaturierung Cottbus
Angela Seidemann	Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg
Dirk Ilgenstein	Landesamt für Umwelt Brandenburg
Dieter Perko	Aktionsbündnis Klare Spree e. V.
Bernd Sablotny	Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwal- tungsgesellschaft mbH
Dr. Helmar Rendez	Lausitz Energie Bergbau AG

13. Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz

Fachgespräch

Eine klare Zukunft für die Spree - verbindliche Gesamtstrategie jetzt vorlegen, Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 7/1400 sowie Vorstellung des im Auftrag des Landesamtes für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg erarbeiteten Strategischen Hintergrundpapiers, Leistungspakete 1 bis 3

Mittwoch, 7. Oktober 2020, 13.30 Uhr, Landtag Brandenburg

Fragenkatalog:

Fragen der SPD-Fraktion

1. Ist es abschätzbar, welche zusätzlichen Herausforderungen auf die Spree und ihre Nebengewässer in den kommenden Jahren zukommen?
2. Mit welchen möglichen Konsequenzen ist zu rechnen, wenn der Freistaat Sachsen für kommende Jahre weniger Wasser aus seinen Talsperren bereitstellen kann?
3. Welchen zukünftigen Stellenwert haben die beschlossenen Maßnahmen der Ad-hoc-Arbeitsgruppe Extremsituation für die Erarbeitung des Strategischen Gesamtplans zur Reduzierung der bergbaubedingten Stoffeinträge in den Einzugsgebieten von Spree und Schwarzer Elster? (Wasserwirtschaftlicher Jahresbericht 2019, Seite 14)

Fragen der CDU-Fraktion

4. Welche Rückschlüsse ergeben sich aus den Ergebnissen der Strategischen Hintergrundpapiere zu den bergbaubedingten Stoffeinträgen in den Flusseinzugsgebieten Spree und Schwarze Elster im Rahmen des Leistungspaket 1 bis 3?
5. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Studien des Leistungspaket 1 und 2 wurden im Rahmen der Untersuchung im Leistungspaket 3 Bestandsmaßnahmen und zusätzliche Maßnahmen zur Minderung oder Überwindung der bergbaulichen Belastung in den Fließgewässerkörpern im Verantwortungsbereich der LMBV, der LEAG sowie der zuständigen Behörden identifiziert. Ziel ist, einen mittelfristigen und langfristigen Maßnahmenplan als Strategischen Gesamtplan zur Reduzierung der bergbaubedingten Stoffeinträge in den Einzugsgebieten von Spree und Schwarzer Elster zu erarbeiten, wie es bereits der Landtagsbeschluss in Drucksache 6/3203-B in der 6. Wahlperiode vorsah.
 - a) Wie ist das weitere behördliche Verfahren, um am Ende dieses Prozesses zu einer abgestimmten und verbindlich festgeschriebenen Gesamtstrategie inklusive Maßnahmenplan zu gelangen?
 - b) Welche zeitliche Planung liegt diesem behördlichen Verfahren zugrunde?

- c) Wann und wie erfolgt eine länderübergreifende Abstimmung mit dem Freistaat Sachsen und dem Land Berlin und ist es beabsichtigt, den einzelnen Maßnahmen auch die behördliche und ggf. betriebliche Verantwortung zuzuordnen?

Fragen der Fraktion B90/GRÜNE

6. Mit dem Hintergrundpapier liegt nun eine sehr fundierte Grundlage für weitere Maßnahmen zur Reduzierung der bergbaubedingten Stoffeinträge in Spree und Schwarze Elster vor. Die eingeflossenen und aufgearbeiteten umfangreichen Daten aus dem Tätigkeitsbereich von LMBV, LGBR, LfU und LEAG sind in einer umfangreichen Datenbank zusammengestellt worden, die die jetzige Situation darstellen. Um diesen Datenfundus auch weiterhin nutzen zu können, muss er weitergeführt und gepflegt werden.
- a) Ist sichergestellt, dass die Datenhaltung für das Gesamtkonzept und die daraus abzuleitenden Maßnahmen auch künftig aktuell gehalten werden?
- b) Wer ist für die Aufgabe verantwortlich und wie wird diese Aufgabe abgesichert?
7. Das Maßnahmenkonzept stellt in der vorgelegten Fassung kein fertiges Konzept dar, sondern eine Sammlung von Maßnahmenempfehlungen der Bearbeiter. Ein Konzept müsste mit konkreten Ansätzen für die Umsetzung, Prioritäten, Kosten- und Finanzierungsansätzen untersetzt sein und von der Landesregierung autorisiert sein.
- a) Steht die Landesregierung zu den Maßnahmenempfehlungen?
- b) Wie sollen die Maßnahmenempfehlungen in ein Umsetzungskonzept überführt werden.
- c) Welche Maßnahmen aus dem Hintergrundpapier werden zur Umsetzung durch die LMBV von der Landesregierung in die Verhandlungen zum neuen Verwaltungsabkommen in den Steuerungs- und Budgetausschuss (STUBA) eingebracht?
- d) Welche Lösungsansätze und Maßnahmen gibt es zur Entsorgung des Eisenhydroxids, das bei der Umsetzung der Maßnahmen anfällt?
- e) Wie wird die Fortschreibung des Maßnahmenkonzeptes sichergestellt?

Fragen der Fraktion DIE LINKE

8. Auf der Grundlage des Strategischen Hintergrundpapiers muss ein verbindlicher Maßnahmenplan erarbeitet werden. Wie sollen dabei die Öffentlichkeit und interessierte Verbände einbezogen werden?
9. Gibt es Kostenschätzungen für die Maßnahmen und wie ist die Finanzierung denkbar?
10. Wie bewertet das Aktionsbündnis Klare Spree das Strategische Hintergrundpapier und welchen vordringlichen Handlungsbedarf sieht es?

13. Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz

Fachgespräch

Austausch mit Aktivisten der Fridays-for-Future-Bewegung in Brandenburg zu Klimaschutzfragen

Mittwoch, 7. Oktober 2020, 16.00 Uhr, Landtag Brandenburg

Eingeladene Teilnehmer:

Landelin Winter

Lilian Branding

Anna Ducksch

Filibert Heim

13. Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz**Fachgespräch****Austausch mit Aktivisten der Fridays-for-Future-Bewegung in Brandenburg
zu Klimaschutzfragen**

Mittwoch, 7. Oktober 2020, 16.00 Uhr, Landtag Brandenburg

Fragenkatalog und schriftliche Antworten der Aktivisten:***Fragen der Fraktion DIE LINKE***

1. In welchen landespolitischen Bereichen sieht FFF deutliche Fortschritte im Klimaschutz, wo besteht der größte Nachsteuerungsbedarf?

Von der rot-schwarz-grünen Koalition wurden bereits einige Teilbereiche in Angriff genommen. So soll der Brandenburgische Nachhaltigkeitsbeirat wiederbelebt werden. Außerdem ist ein neuer Klimaplan im Gespräch. Für uns hat dies eine hohe Bedeutung, da so ein möglichst verbindlicher und ambitionierter Plan festgesetzt und dessen Finanzierung langfristig gesichert werden kann. Weiterhin hat das Umweltministerium angekündigt den Waldumbau für klimarobustere Laub(misch)wälder zu forcieren und im Koalitionsvertrag wurde festgelegt, auf neue Tagebauerschließungen und Erweiterungen zu verzichten. Doch leider sind diese kleinen Schritte bisher deutlich zu langsam und zu zaghaft. Wo bleiben die Anstrengungen beim Ausbau der erneuerbaren Energien, um den Kohlestrom zu ersetzen? Was wurden bereits für einen deutlichen ÖPNV-Ausbau unternommen? Welchen Beitrag werden die Landwirtschaft und der Bausektor liefern? All diese Fragen müssen zügig geklärt und vor allem in Angriff genommen werden, um nicht weiterhin so hohe Treibhausgasemissionen wie in den letzten 20 Jahren (in denen sich keine deutliche Reduktion gezeigt hat) in Brandenburg zu verursachen.

2. FFF fordert die Einrichtung eines wissenschaftlichen Klimabeirats. In Vorbereitung ist die Einberufung des Nachhaltigkeitsbeirates, der aber nicht nur aus Wissenschaftlern, sondern auch aus Vertretern der Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Kommunen bestehen soll. Hält FFF diesen Ansatz für sinnvoll und könnte er den geforderten wissenschaftlichen Klimabeirat ersetzen? Wäre FFF bereit, selbst in einem solchen Beirat mitzuwirken?

Die Wiedereinrichtung des Nachhaltigkeitsbeirates kann unserer Meinung nach den wissenschaftlichen Klimabeirat nur unter bestimmten Bedingungen ersetzen. Denn der wissenschaftliche Klimabeirat sollte unserer Meinung nach ausschließlich durch Wissenschaftler*innen und Experten verschiedener Disziplinen gebildet werden. Im wieder geplanten Nachhaltigkeitsbeirat dagegen könnten auch einflussreiche Interessenvertretungen Platz finden. Es ist darauf zu achten, dass die Stimmen der Wissenschaft richtungsweisend sind und bleiben. Nur unter dieser Voraussetzung kann der Nachhaltigkeitsbeirat den von uns geforderten wissenschaftlichen Klimabeirat ersetzen.

Des Weiteren ist darauf zu achten, dass schnellstmöglich ein Konzept zur effektiven Emissionseinsparung erarbeitet wird - eine reine Existenz des Beirates impliziert keine Emissionsreduktion!

Unter diesen Bedingungen könnten wir uns gern vorstellen aktiv mitzuarbeiten.

3. FFF fordert den zügigen Ausbau der Windkraft. Wie könnte dies im Einklang mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort und mit dem Umwelt- und Naturschutz geschehen?

Das ist auch für uns eine sehr schwierige Frage. Grundsätzlich müssen soziale und ökologische Aspekte betrachtet werden. Auch darf der Klimaschutz nicht gegen lokalen Naturschutz ausgespielt werden. Unsere Anregung wäre deshalb, die Gemeinden direkt mit dem Strom der Windräder auf ihrer Fläche zu versorgen und sie durch die niedrigen Stromkosten am Gewinn zu beteiligen. So sehen Betroffene einen direkten Vorteil der Windräder, von dem sie im besten Falle auch profitieren. Des Weiteren könnten nach dem System der Vorranggebiete Regionen und Flächen ausgewiesen werden, in denen ein Ausbau der Windkraft unter geringeren Vorschriften möglich ist. Dies darf sich nicht oder nur in sehr geringem Maße mit für den Natur- und Artenschutz relevanten Flächen überschneiden. Dies streng zu überwachen ist Aufgabe der Behörden. Die Forschung zur Vermeidung der Negativfolgen (beispielsweise durch akustische Warnsysteme) der Windkraft ist zu fördern.

4. Für die Umsetzung der Forderungen von FFF wären erhebliche öffentliche Mittel erforderlich. Hält FFF es für gerechtfertigt, dafür Schulden aufzunehmen?

Würden Subventionen für fossile Energieträger abgebaut, könnte das eingesparte Geld für unsere Zukunft sehr viel besser - also in Emissionsreduktion und Klimaanpassung - investiert werden. Ansonsten halten wir eine Schuldenaufnahme für vertretbar. Schulden lassen sich begleichen, eine zerstörte Zukunft nicht. Des Weiteren ist die jetzige Einsparung einer gewissen Menge CO₂ (-Äquivalenten) deutlich günstiger als ein Ausgleich der Schäden, die durch dieselbe Menge an CO₂-Äquivalenten entstehen wird.

Hier eine Modellrechnung:

Brandenburg hat in den letzten 20 Jahren durchschnittlich ca. 60 Millionen Tonnen Co₂-Emissionen verursacht. Laut Umweltbundesamt (Methodenkonvention 3.0) verursacht eine Tonne Co₂ in der Zukunft Schäden in der Höhe von circa 180 Euro. Das heißt in jedem Jahr, in dem das Land Brandenburg weiter diese Menge an CO₂(-Äquivalenten) emittiert, verursacht es 10,8 Mrd. Euro (180 X 60 000 000) Kosten für zukünftige Generationen. Die 53 Millionen Tonnen an Treibhausgasemissionen im vergangenen Jahr 2019 kosten demnach 9,54 Milliarden Euro (180 X 53 000 000) für zukünftige Generationen. Zum Vergleich, der Landeshaushalt beträgt 12.895.428.800 Euro für das Jahr 2020.

5. Welche Anforderungen hat FFF an den beabsichtigten Klimaplan für Brandenburg?

Die zentrale Anforderung an den Klimaplan des Landes Brandenburg muss ein höchstmöglicher Beitrag zur Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels von Paris sein. Unsere Komfortzone ist dabei nicht ausschlaggebend. Das bedeutet ein Nettonull an Emissionen bis spätestens 2035! Des Weiteren muss die Landesregierung dasselbe Ziel auf Bundesebene vortreiben.

Die von Fridays For Future Brandenburg veröffentlichten Forderungen können dabei Anhaltspunkte sein, Abweichungen sind in viele Richtungen möglich, solange die Klimaneutralität bis 2035 nicht gefährdet wird.

Weitere Ergänzungen zu dieser Frage können Sie der Antwort auf Frage 11 und 18 entnehmen.

6. Wurde FFF bisher bei der Vorbereitung des Klimaplanes von der Landesregierung angehört oder einbezogen?

Nein, bisher wurden wir nicht in Pläne zu einem Klimaplan einbezogen oder angehört. Herr Vogel hatte uns eine Stimme im wieder geplanten Nachhaltigkeitsbeirat angeboten. Diese Einladung haben wir gern angenommen und warten auf weitere Schritte der Staatskanzlei, die den Nachhaltigkeitsbeirat koordinieren soll. Wir sind aber auch für weitere Kooperationen sehr offen.

Fragen der SPD-Fraktion

7. Welche eigenen Vorschläge haben FFF für die Verbesserung des Klimas?

Wir haben die bereits vorhandenen Erkenntnisse und Maßnahmenvorschläge der aktuellen Forschung zum Klimaschutz zusammengetragen und als Forderungspapier im letzten Sommer veröffentlicht. Ihrem Landesverband liegt dieses Papier vor. Sie finden es im Internet unter: <https://fridaysforfuture.de/wp-content/uploads/2019/08/Forderungen-BB-LANG.pdf>

8. Wie bewerten Sie die Chancen des Fortbestehens der Bewegung FFF?

Unsere Bewegung sieht sich gezwungen so lang weiter fortzubestehen, bis die notwendigen Maßnahmen zur Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels beschlossen und umgesetzt wurden. Es liegt also entscheidend an Ihnen, wie lange wir fortbestehen werden. Wir hoffen, wir könnten uns schnellstmöglich auflösen.

9. Wie beurteilen Sie die Anstrengungen der Landesregierung beim Umwelt- und Klimaschutz?

Im Koalitionsvertrag sind erste Gedanken der Koalition zum Klimaschutz zu Papier gebracht worden. Wir haben uns über einige Ankündigungen gefreut und warten nun auf deren Umsetzung. Besonders herauszuheben ist das grundlegende Bekenntnis zum 1,5 Grad-Ziel oder der Verzicht auf weitere Tagebauerschließungen. Dennoch ist seitdem bis auf kleinere - nicht vernachlässigbare Ambitionen aus dem Umweltministerium - wenig passiert. Wo bleibt der versprochene Klimaplan? Und der Nachhaltigkeitsbeirat? Wo ist die erste Evaluation der Landesregierung zum Klimaschutz?

Leider können wir momentan noch nicht mehr sagen, denn bisher sind keine Ambitionen messbar, da es natürlich noch keine Daten zur Entwicklung der Treibhausgasemissionen seit den Landtagswahlen gibt.

10. Wie bewerten Sie das Maßnahmenpaket für den Klimaschutz der Bundesregierung?

Das Maßnahmenpaket der Bundesregierung ist vollkommen unzureichend. In keinem Bereich sind die Maßnahmen am eigentlich richtungsweisenden Klimaabkommen von Paris angelehnt.

Der Einstiegspreis für eine Tonne Kohlenstoffdioxid bzw. Kohlenstoffdioxidäquivalent wurde für 10 Euro veranschlagt und wurde erst in einem Kompromiss zwischen dem Bund und den Bundesländern auf 25 Euro festgesetzt. Selbst das Umweltbundesamt hält einen Co2 Preis von 180 Euro für vertretbar, sowie einen entsprechend höheren Einstiegspreis.

Zudem ist 2038 als Ausstiegsdatum für die Kohlekraft deutlich zu spät, nur 2030 wäre vereinbar mit dem Pariser Klimaabkommen! Diese Forderung wurde von Fridays For Future Deutschland bereits vor einem Jahr aufgestellt, wohinter sich mehr als 27 000 Wissenschaftler*innen gestellt haben. Hier bleibt die Bundesregierung deutlich hinter den nötigen Anstrengungen zurück.

11. Welche konkreten Ideen für mehr Umwelt- und Klimaschutz in Brandenburg haben Sie?

Drei konkrete Vorschläge von uns könnten sein:

1. Wir schlagen vor Rahmenbedingungen für Unternehmen zu schaffen, die eine Installation von PV-Anlagen zur Nutzung des eigenerzeugten Stroms bei einer möglichst kurzen Amortisationsdauer rentabel machen.

2. Wir fordern die Reaktivierung der nach der Wende stillgelegten Bahnstrecken sowie deren Elektrifizierung. Denn vor allem auf dem Land muss eine schnelle und verlässliche Alternative zum motorisierten Individualverkehr geschaffen werden.

3. Wir fordern einen verpflichtenden Rückegassenabstand von 80 Metern, um die Verdichtung des Bodens durch Forstmaschinen zu reduzieren. Denn der Waldboden ist entscheidend für einen artenreichen und somit auch Klimarobusten Wald. Weiterhin sollten alle Moore, die in der Machbarkeitsstudie zum Moorschutz aus dem Jahr 2010 mindestens mit einem hohen Renaturierungspotenzial belegt wurden, revitalisiert werden. Denn Jährlich werden etwa 6,6 Millionen Tonnen CO₂(-Äquivalente) durch trockengelegte Moorflächen emittiert.

Weitere konkrete Handlungsvorschläge finden Sie unter: <https://fridaysforfuture.de/wp-content/uploads/2019/08/Forderungen-BB-LANG.pdf>

12. Sind Klimaschutz und wirtschaftlicher Erfolg miteinander vereinbar?

Natürlich. Es sollte Aufgabe der Politik sein, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Anreize für ein wirtschaften innerhalb unserer planetaren Grenzen geben. Es zeugt von gesellschaftlichem Egoismus, wenn Unternehmen nicht im Sinne der Klimagerechtigkeit handeln, aus Furcht nicht länger wettbewerbsfähig zu sein.

Unserer Meinung nach muss durch gezielte Eingriffe in den Markt - wie in der sozialen Marktwirtschaft möglich - gewährleistet werden, dass Unternehmen auf dem Markt Bestand haben, die nachhaltig wirtschaften, also auch an zukünftige Generationen denken. Darüber hinaus muss uns auf einer ganz grundsätzlichen Ebene bewusst werden, dass unser aller Verständnis von Wirtschaft und Erfolg nicht stimmt, wenn profitmaximierende Unternehmensführung über langfristig ressourcen- und klimaschonendes Handeln gestellt wird. Hier muss sich dringend etwas ändern.

13. Was kann jede/er Einzelne tun, um den Anforderungen für mehr Umwelt- und Klimaschutz gerecht zu werden?

Wir sehen Klimaschutz als ein gesamtgesellschaftliches Projekt an. Demnach können viele Menschen im Kleinen etwas für den Umwelt- und Klimaschutz tun, was auch in zunehmendem Maße passiert. Doch darf diese Verantwortung nicht komplett ins Private der Bürgerinnen und Bürger abgeschoben werden. Vielmehr werden von der Volksvertretung ausgehandelte Konsense benötigt, um so effektiv und zielgerichtet wie möglich Maßnahmen ergreifen und Erfolge einfahren zu können. Es ist also vor allem die Verantwortung der Entscheidungsträger*innen klimafreundliches Individualverhalten möglich (!), günstig, attraktiv und fast alternativlos zu machen. Ein Beispiel: Es mag toll sein, wenn alle Menschen auf E-Autos umsteigen. Doch damit allein haben wir nur sehr sehr wenig

gewonnen, wenn der Strom dafür weiterhin durch fossile Energieträger gewonnen wird, von den Ressourcen, die im Akku verbaut werden einmal abgesehen. Auch könnte der Strombedarf für die vielen E-Autos immer schwerer durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Schlussendlich heißt das also, dass der ÖPNV, Radfahren oder das Laufen von der Politik gefördert werden muss, einer Einzelperson ist das nur schwer möglich.

Fragen der CDU-Fraktion

14. Vertreterinnen und Vertreter von FFF Brandenburg haben im Vorfeld der Landtagswahlen einen umfangreichen Forderungskatalog erarbeitet. Dieser umfasst neben sektorübergreifenden Forderungen auch Forderungen in den Bereichen Energie, Verkehr, Bauen und Wohnen, Umwelt und Landwirtschaft. In welchen Bereichen besteht Ihrer Auffassung nach vordringlicher Handlungsbedarf und welche Maßnahmen erachten Sie hierbei als besonders wichtig?

In all diesen Sektoren sind deutliche Anstrengungen zur Emissionsreduktion zu unternehmen. Doch gibt es auch Sektoren, in denen schnell sehr hohe Einsparungen möglich sind. Uns fällt in diesem Zuge vor allem die Kohleverstromung ins Auge. Hier gibt es enorme Potenziale. Bei anderen Sektoren ist es teilweise etwas schwieriger schnell Treibhausgasemissionen zu reduzieren, wie zum Beispiel im Verkehrssektor. Trotzdem muss dieser mit gleicher Entschlossenheit angegangen werden. Denn am Ende ist es egal in welchem Sektor eine Tonne CO₂(-Äquivalent) eingespart

15. Eine der Forderungen von FFF umfasst die Vorlage eines Klimaschutzkonzeptes im Jahr 2020 durch die Landesregierung. Die Koalition bekennt sich mit ihrem Koalitionsvertrag zu den Zielen und zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens und hat vereinbart, einen Klimaplan als verbindliche Klimastrategie sowie ein entsprechendes Maßnahmenpaket zu erarbeiten. Welche Festlegungen sollte ein Klimaplan Brandenburg aus Ihrer Sicht umfassen?

Es ist toll, dass es die Absicht zu so einem Papier mit einer hohen Verbindlichkeit gibt. Darüber freuen wir uns sehr! Wichtig dabei ist uns, dass sich bei der Erarbeitung dieses Plans nicht an unserer Komfortzone orientiert wird, sondern ausschließlich an wissenschaftlichen Studien zum 1,5 Grad-Ziel. Das impliziert bereits eine Klimaneutralität bis ins Jahr 2035. Und nicht erst im Jahr 2050, wie es in Ihrem Koalitionsvertrag heißt, obwohl Sie ein paar Zeilen weiter oben schreiben: "Wir bekennen uns zu den Zielen und zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens." Das ist ein sehr klarer Widerspruch der unbedingt in diesem Papier aufgelöst werden muss, sodass spätestens 2035 im Netto keine Klimagase emittiert werden. Innerhalb dieses Rahmens sind viele Variationen und unterschiedliche Schwerpunktsetzungen möglich, solange das Ziel 2035 dabei nicht gefährdet wird. Einen Vorschlag haben Sie in unseren Forderungen bereits gelesen. Für das selbst gesteckte Ziel der Landesregierung bedeutet es, dass das Ziel bis ins Jahr 2030 nicht mehr als 25 Millionen Tonnen CO₂ oder Äquivalente zu emittieren deutlich verschärft werden muss.

16. Welche Form der politischen Teilhabe wünschen sich die Vertreterinnen und Vertreter von FFF in Brandenburg, um die nachhaltige Entwicklung in Brandenburg partizipativ mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen, Vertretern der Wissenschaft, der Wirtschaft sowie der Landespolitik und der -verwaltung weiter zu fördern?

Wir als Fridays For Future verstehen uns als Sprachrohr der Wissenschaft und fordern daher die Einrichtung eines Klimabeirates. Brandenburg kann dabei auf seine Vielzahl von international führenden Forschungsinstituten zurückgreifen. Wissenschaftler*innen des PIK, IASS, der HNEE und des GFZ sollten auf jeden Fall beteiligt werden. Wie unter Punkt 6. ausgeführt, sind aber auch wir zu zielführender Kooperation bereit und würden uns, wie vorgeschlagen, an einem solchen Beirat auch selbst beteiligen. Einbindung ziviler Interessen, wie bei der Bürgerbeteiligung an Windkraftanlagen, kann zudem einen wichtigen Beitrag leisten, um Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen in der Bevölkerung zu schaffen.

Fragen der Fraktion B90/GRÜNE

17. FFF hat es geschafft, das Thema Klimaschutz weltweit in die Nachrichten und das Bewusstsein der Menschen zu bringen. Wie empfindet FFF den Stellenwert des Thema Klimaschutzes in der Brandenburger Politik?

Unserer Ansicht nach kommt dem Klimaschutz und der Klimaanpassung in Brandenburg ein viel zu geringer Stellenwert zu. Es hat sich seit 30 Jahren wenig an den brandenburgischen Gesamtemissionen getan. Im Koalitionsvertrag wurde, worüber wir uns sehr freuten, festgesetzt schnell einen Klimaplan zu beschließen. Auch sollte an einem Klima- und Nachhaltigkeitscheck für Gesetzesinitiativen gearbeitet werden. Die regelmäßigen Evaluationen Ihrer Arbeit am Klimaschutz finden wir gut. Aber seitdem ist der Klimaschutz bis auf die Absicht des Umweltministeriums zu schnellerem Waldumbau, ein wenig im den Hintergrund (um nicht Untergrund zu sagen) gerutscht. Wir wollen deshalb daran erinnern: Halten sie Wort und machen Sie - inklusive einiger Nachbesserungen - Ihre Ankündigungen nach einem baldigem Klimaplan und dem Nachhaltigkeitscheck (inklusive Veröffentlichung!) wahr. Denn eine grüne Regierungsbeteiligung macht die Koalition noch lange nicht grün!

18. Die Koalition hat vereinbart, einen Klimaplan für Brandenburg zu erarbeiten. Wie bewertet FFF diese Maßnahme, auch im Hinblick auf das von FFF geforderte „Klimaschutzkonzept“? Was sieht FFF als wichtige Inhalte für diesen Plan an? Gibt es Klima(schutz)pläne, an denen sich Brandenburg orientieren sollte?

Wie bereits erwähnt freuen wir uns über diese Ankündigung, die aber zu schade für ein rein symbolpolitisches Manöver wäre! Denn dieser Plan bietet die Chance innerhalb der bindenden Marke der Klimaneutralität 2035 Akzente zu setzen. So kann ganz stark beeinflusst werden, in welchen Bereichen eine schnelle Emissionsreduktion möglich und nötig ist, oder in welchen Sektoren ein wenig mehr Zeit für eine Transformation bleibt.

Uns wäre neben dem Oberziel der Klimaneutralität bis 2035 wichtig, dass die Verkehrswende schnell vollzogen wird. So sollte der öffentliche Personenverkehr, Radfahren oder Laufen dem motorisierten Individualverkehr stark vorgezogen werden. Mögliche konkrete Maßnahmen wären hohe Investitionen in Radinfrastruktur und die Erhöhung der Taktung des ÖPNV. Auch ist es möglich aus der Kohleverstromung deutlich schneller als bisher geplant (also spätestens 2030) auszusteigen.

Es gibt einen für die gesamte Bundesrepublik von GermanZero verfassten Klimaplan, der das 1,5 Grad-Ziel achtet. Ansonsten ist uns leider auf Landesebene kein Plan bekannt, der den Anforderungen genügen würde. Brandenburg kann also zum Vorbild werden!

19. In welchem Sektor sieht FFF das größte Potential, um in Brandenburg möglichst schnell möglichst viele Emissionen einzusparen?

Die Kohleverstromung trägt mit über 50% zu den Treibhausgasemissionen Brandenburgs bei. Das bedeutet auch ein großes Potential, sehr schnell die Emissionen drastisch zu senken. Das bedeutet allerdings nicht, dass die anderen Sektoren vernachlässigt werden

dürfen. Um eine wirkliche Klimaneutralität zu erreichen, bedarf es eines umfassenden Gesamtkonzeptes. Außerdem liegt der Ausstieg aus der Kohleverstromung vor allem im Aufgabenbereich der Bundesregierung. Daher ist es wichtig, dass die Landesregierung sich in Bereichen, in denen sie mehr Befugnisse hat, ambitionierte Ziele setzt und vor allem konkrete Maßnahmen entwickelt.

20. Im Bundestag wird gerade das Kohleausstiegsgesetz behandelt, das auch den Kohleausstieg in Brandenburg regeln wird. Wie steht FFF zu dem Gesetzentwurf bzw. den daraus für Brandenburg folgenden Daten?

Im geplanten Kohleausstiegsgesetz ist vorgesehen bis spätestens 2038, eventuell 2035 aus der Kohleverstromung auszusteigen. Es werden auch Zwischenziele gesetzt, die für Brandenburg bestimmte Vorgaben ergeben. So ist vorgesehen, dass die vier verbliebenen Blöcke des Kraftwerks Jänschwalde zwischen 2025 und 2028 abgeschaltet werden. Im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen fordert Fridays For Future einen vollständigen Kohleausstieg, sowohl auf Bundes- wie auch auf Landesebene bis spätestens 2030. Daher hat Fridays For Future Brandenburg die Forderung aufgestellt, das Kohlekraftwerk Jänschwalde innerhalb dieser Legislaturperiode, also spätestens bis 2024 komplett abzuschalten.